

Thema der Woche

Mehrjähriger Finanzrahmen post-2020: Mittel für Innovation, Forschung und Bildung vor Budgetkürzungen bewahren

In Kürze

Kommission konsultiert zu Fake News und Online Desinformation

EWSA-Plenum: Industriepolitik; Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Neues aus der Kommission

Dienstzettel-Richtlinie soll keine neuen Mindestbedingungen einführen

Kommission will eine Milliarde Euro in europäische Weltklasse-Supercomputer investieren

Neues aus dem Rat

Ratspräsidentschaft Bulgarien: Starkes Europa setzt starke Wirtschaft voraus

Verkehrsausschuss: Erste Entwürfe auf Praxistauglichkeit prüfen

Neues aus dem Europäischen Parlament

Arbeitsdokument und Austausch zu europaweitem privaten Pensionsprodukt (PEPP) im Europäischen Parlament - noch viele offene Fragen zu klären

Neues aus anderen Bereichen

Neues WKÖ-Papier „Vereinfachen und Entlasten“ – 150 Punkte der WKÖ zum Bürokratieabbau für KMU

Jobs+Jobs+Jobs

Vienna Insurance Group AG sucht Mitarbeiter Europäische Angelegenheiten

EU-Agenda

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenbergh 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Mehrjähriger Finanzrahmen post-2020: Mittel für Innovation, Forschung und Bildung vor Budgetkürzungen bewahren

Eines der zentralen Themen im Rahmen der dieswöchigen Sitzung des Kommissarskollegiums war am Mittwoch die **erste Orientierungsaussprache zum Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Zeit nach 2020**. Die Kommission beabsichtigt, diesen in weniger als fünf Monaten im **Mai 2018** vorzulegen. Bereits im Juni des vergangenen Jahres hatte die Institution zu diesem Thema im Rahmen des Weißbuchprozesses zur Zukunft der EU ein Reflexionspapier veröffentlicht, welches die Hauptpunkte der Debatte zur Sprache bringt, die entsprechend den fünf Szenarien des Weißbuchs gegliedert sind.

Zeitgleich wurde Mittwoch auch eine **Reihe von öffentlichen Konsultationen** zu jenen **thematischen EU-Prioritäten** veröffentlicht, die zukünftig entsprechend aus dem MFR finanziert werden sollen. So gibt es beispielsweise ein Konsultationsdokument für den Bereich **„Investitionen, Forschung und Innovation, KMU, Binnenmarkt“** oder **„Strategische Infrastruktur“**. Interessenträger haben **bis einschließlich 8. März** Zeit, um sich an den Konsultationen zu beteiligen, deren Ergebnisse in die Diskussionen im Rahmen des Erarbeitungsprozesses einfließen werden.

Um Stakeholder in die Diskussion miteinzubeziehen fand am Montag und Dienstag zudem eine große und **hochrangig besetzte Konferenz in Brüssel** statt, bei der unter anderem Kommissionspräsident Juncker und EU-Haushaltskommissar Oettinger die Vorstellungen der Kommission zu möglichen politischen Optionen präsentierten und auch hochrangige Vertreter der Mitgliedstaaten ihre jeweiligen Standpunkte erörterten. **Positiv** ist aus WKÖ-Sicht insbesondere, dass die Kommission die **Mittel für Innovation, Forschung und Bildung vor Budgetkürzungen bewahren** will.

Darüber hinaus liegen nach Ansicht der WKÖ die wirklichen Herausforderungen des nächsten EU-Haushalts auf der Ausgabenseite und nicht auf der Einnahmenseite: Die EU-Ausgaben müssen verstärkt auf einen europäischen Mehrwert ausgerichtet und mit der wirtschaftspolitischen Koordinierung auf EU-Ebene verknüpft werden. Die WKÖ tritt dafür ein, dass der EU-Haushalt ausgabenseitig einen Fokus auf die Ankurbelung von Wachstum und Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen legt. Bereiche mit dem höchsten europäischen Mehrwert sind Forschung und Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit, grenzüberschreitende Initiativen wie die Connecting Europe Facility, die Integration von Migranten in den Arbeitsprozess sowie Großprojekte wie ITER oder Galileo.

Die Beiträge der Mitgliedstaaten an die EU müssen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen und deshalb an ihrem Bruttonationaleinkommen (BNE) bemessen werden. Daher tritt die WKÖ dafür ein, die bisherigen Eigenmittel beizubehalten. Für neue steuerbasierte Eigenmittel wird keine Notwendigkeit gesehen. Die WKÖ tritt außerdem dafür ein, dass der EU-Haushalt ausgabenseitig einen Fokus auf die Ankurbelung von Wachstum und Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen legt. Bereiche mit dem höchsten europäischen Mehrwert sind unter anderem Forschung und Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und grenzüberschreitende Initiativen.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis

Kommission konsultiert zu Fake News und Online Desinformation

Bis 23. Februar 2018 läuft eine öffentliche **Konsultation** der Kommission zu „**Fake News** und online verbreiteter Desinformation“. Zielgruppe der Konsultation sind neben Plattformen für soziale Medien auch Nachrichtenmedien wie Rundfunkanstalten, Printmedien, Nachrichtenagenturen, Online-Medien etc. Inhaltliche Schwerpunkte der Konsultation sind eine **Begriffsklärung in Bezug auf Falschinformation und deren Verbreitung im Internet** sowie eine Bewertung der von Online-Plattformen, Medienunternehmen und Organisationen der Zivilgesellschaft bereits getroffenen Maßnahmen zur **Bekämpfung der Online-Verbreitung von Desinformationen**. Die Kommission will damit auch **künftige Handlungsmöglichkeiten** zur Verhinderung der Verbreitung von Falschinformationen im Internet ausloten.

EWSA-Plenum: Industriepolitik; Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Auf der **Tagesordnung** der nächsten **Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses am 16. und 17. Jänner 2018** finden sich unter anderem Stellungnahmen zu folgenden Themen: Betrugsbekämpfung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln, Sondierungsstellungnahme zu einem horizontalen Legislativansatz für KMU im Rahmen des Small Business Acts; Wirtschaftspolitik der Euro-Zone 2018. Über den Klima-Finanzpakt werden **Miguel Arias Cañete** (Kommissar für Klimapolitik und Energie), **Pierre Larrousurou** (Agraringenieur und Ökonom) und **Jean Jouzel** (Klimatologe und Mitglied des französischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates) mit den Mitgliedern diskutieren. Die stellvertretende bulgarische Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik, **Ms Zornitsa Roussinova**, wird das Programm des bulgarischen Ratsvorsitzes präsentieren.

Inhaltsverzeichnis



Neues aus der Kommission

Dienstzettel-Richtlinie soll keine neuen Mindestbedingungen einführen

Die Kommission hat vor der Weihnachtspause ihren Vorschlag zur **Richtlinie über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen in der EU**, auch Dienstzettel-Richtlinie genannt, angenommen. Die Initiative gilt als eine der wichtigsten Folgemaßnahmen zur Europäischen Säule sozialer Rechte, die im November 2017 in Göteborg proklamiert wurde.

Neben der Erweiterung der Informationspflichten über Arbeitsbedingungen verglichen mit der geltenden Nachweis-Richtlinie **91/533/EWG**, sind neue Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen im Vorschlag enthalten. Es sollen unter anderem die **Höchstdauer der Probezeit auf sechs Monate begrenzt**, **Mehrfachbeschäftigung erlaubt** und **das Recht, nach einer stabileren Beschäftigungsform zu fragen, mit schriftlicher Antwortpflicht des Arbeitgebers** eingeführt werden. Erhalten die Arbeitnehmer nicht alle sie betreffenden

Informationen, wird vermutet, dass sie in einem unbefristeten Vollzeit-Arbeitsverhältnis stehen und es keine Probezeit gibt.

Aus Sicht der WKÖ wird die geltende Dienstzettel-Richtlinie als **Hilfsmittel** gesehen, **um Arbeitgeber eher zur Schriftlichkeit von Arbeitsverträgen zu ermutigen**. Die Schaffung zusätzlicher Rechte im Rahmen dieser Richtlinie, sowie die Beweislastumkehr bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Grund der Inanspruchnahmen von in dieser Richtlinie verankerten Rechten lehnen wir jedoch ab. Die schriftliche Antwortpflicht auf Anfragen zu „sichereren“ Arbeitsbedingungen schafft unnötigen bürokratischen Aufwand und wirkt potenziell einem positiven Betriebsklima entgegen.

Ansprechpartnerin: Claudia Golser

Inhaltsverzeichnis

Kommission will eine Milliarde Euro in europäische Weltklasse-Supercomputer investieren

Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten will die Kommission in den **Aufbau einer europäischen Hochleistungsrechnerinfrastruktur** investieren. **Hochleistungsrechner** werden benötigt, um die immer größeren Datenmengen zu verarbeiten und sind in verschiedenen Bereichen, z.B. der Gesundheitsversorgung, erneuerbaren Energien, Fahrzeugsicherheit oder Cybersicherheit relevant. Damit soll auch die **Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre Unabhängigkeit in der Datenwirtschaft gestärkt werden**.

Ein **neuer Rechts- und Finanzierungsrahmen in Form des Gemeinsamen Unternehmens EuroHPC** soll den Erwerb, den Aufbau und die Einrichtung einer europaweiten Hochleistungsrechnerinfrastruktur von Weltrang ermöglichen. Dieser Rahmen wird **auch ein Forschungs- und Innovationsprogramm für die Entwicklung der Technologien und Hardware sowie der Anwendungen** (Software) für diese Supercomputer umfassen. Der Beitrag der EU zu EuroHPC wird etwa 486 Millionen Euro betragen. Ein ähnlicher Betrag wird von den Mitgliedstaaten und assoziierten Ländern erwartet. **Insgesamt sollen bis 2020 öffentliche Mittel in Höhe von etwa einer Milliarde Euro investiert werden**.

Für die Tätigkeit des Gemeinsamen Unternehmens EuroHPC ist der Zeitraum 2019-2026 vorgesehen. Die geplante Infrastruktur wird im gemeinsamen Eigentum ihrer Mitglieder stehen und von ihnen gemeinsam betrieben werden. Bei diesen Mitgliedern handelt es sich **zunächst um die derzeit dreizehn Unterzeichnerländer der EuroHPC-Erklärung** sowie um **private Mitglieder aus Wissenschaft und Industrie**. Der Beitritt weiterer Mitglieder zu dieser Zusammenarbeit ist jederzeit möglich, soweit sie einen entsprechenden Finanzbeitrag leisten.

Die EuroHPC-Infrastruktur soll der europäischen Industrie und **insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) einen besseren Zugang zu Supercomputern ermöglichen**, damit sie innovative Produkte entwickeln können.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Rat

Ratspräsidentschaft Bulgarien: Starkes Europa setzt starke Wirtschaft voraus

Am 1. Jänner 2018 hat Bulgarien für ein halbes Jahr den Vorsitz des Rates der Europäischen Union übernommen. Bulgarien setzt mit seinem Programm auf folgende vier übergreifende Prioritäten: Wirtschaftliche und soziale Annäherung und Zusammenhalt **mit Fokus auf den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen, die Kohäsionspolitik, sowie die Wirtschafts- und Währungsunion**; Stabilität und Sicherheit, einerseits an den EU-Außengrenzen, andererseits Migrationsprozesse effizient zu steuern; europäische Perspektive und Integration der Westbalkanländer sowie den **Ausbau der digitalen Wirtschaft und Geschäftsmodelle der Zukunft**.

Unterschiedliche Schwerpunkte wurden für die einzelnen Politikbereiche – insbesondere verschiedene Ratsformationen – formuliert. In der **Umweltpolitik** setzt die Präsidentschaft vor allem auf die Themen **Kreislaufwirtschaft, Ökoinnovation, Luftqualität sowie bessere Rechtsetzung im Allgemeinen**. Fortschritte plant die Präsidentschaft auch in Bezug auf die Kommissionsvorschläge zur Dekarbonisierung im Verkehr. Im Energiebereich steht das „Clean-Energy“-Paket, und dabei auch die Themen Energieeffizienz, Erneuerbaren Energien, als auch Governance-System der Energieunion auf der Tagesordnung. Ebenso haben sich die Bulgaren zum Ziel gesetzt, grenzüberschreitenden Handel zu fördern und den Wettbewerb zu stärken, wobei beispielsweise Hemmnisse im Dienstleistungsbereich bekämpft werden sollen. Gleichzeitig soll der digitale Binnenmarkt gestärkt werden. Darüber hinaus hat sich die Präsidentschaft vorgenommen, eine Anzahl an bereits auf dem Tisch liegenden Vorschlägen aus der Sozialpolitik, wie beispielsweise die **Entsende-Richtlinie** oder die Bestimmungen zur Barrierefreiheit in Bezug auf Produkte und Dienstleistungen, abzuschließen.

Aus Sicht der WKÖ ist es vor allem wichtig, die österreichische und europäische Wirtschaft zu stärken. Besondere Priorität sollte daher insgesamt auf Wachstum, Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gelegt werden.

Ansprechpartnerin: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis

Verkehrsausschuss: Erste Entwürfe auf Praxistauglichkeit prüfen

Kurz vor Weihnachten legten die zuständigen Berichtersteller des Verkehrsausschuss (TRAN) im Europäischen Parlament ihre Berichtsentwürfe zu den Kommissionsvorschlägen zur Überarbeitung der Lenk- und Ruhezeitenregelung sowie zum Entsenderegime im Verkehrssektor vor.

Die Berichtsentwürfe sollen im Rahmen der nächsten Sitzung des Transportausschusses vorgestellt und erstmals diskutiert werden. Insbesondere das Thema Entsendung wird für einige, wahrscheinlich kontroverse, Diskussionen sorgen. Um ein **ausgewogenes Verhältnis zwischen angemessenen Arbeitsbedingungen und der Freiheit der Unternehmen**, grenzüberschreitend Dienstleistungen unter fairen Wettbewerbsbedingungen zu erbringen, herzustellen, legte die Europäische Kommission Ende Mai 2017 einen sektorspezifischen Ansatz (lex specialis) zur Anwendung des Entsenderegimes im Verkehrssektor vor. Wenngleich die Berichterstellerin nun einige Abänderungen vorgeschlagen hat, steht sie mit ihrem Entwurf dem Kommissionsvorschlag positiv gegenüber. Insgesamt seien die Kommissionsvorschläge im Rahmen des Mobilitätspakets kohärent.

Die Wirtschaftskammer Österreich begrüßt den Vorschlag einer lex specialis für Entsendungen im Verkehrsbereich. Die undifferenzierte Anwendung der Bestimmungen der (regulären) Entsenderichtlinie auf die Transportwirtschaft hat aufgrund deren Besonderheiten Probleme bereitet. Der nun dem Verkehrsausschuss vorgelegte Berichtsentwurf wird im Sinne seiner Praxistauglichkeit genau geprüft werden. Um den Ablauf internationaler Wirtschaftsverkehre nicht unnötig zu behindern, wäre es beispielsweise wünschenswert, bestimmte Verkehrsdienstleistungen (insbesondere den touristischen Personenverkehr mit geschlossenen Reise-

gruppen oder kurzfristige Personenbeförderungen wie Taxifahrten) vom Anwendungsbereich auszunehmen.

Im Zusammenhang mit einer REFIT-Bewertung, die ergeben hatte, dass die Lenk- und Ruhezeitenverordnung in Bezug auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kraftfahrer und Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs nur teilweise wirksam war, hatte die Europäische Kommission ebenso im Rahmen des Mobilitätspakets Ende Mai eine Überarbeitung vorgelegt. TRAN-Berichterstatter Van de Camp strebt mit seinem Entwurf nun an, **Arbeitsbedingungen der Fahrer zu verbessern sowie mehr Flexibilität zu gewährleisten**. Zur von der Kommission vorgeschlagenen Bestimmung, wonach der Fahrer die wöchentliche Ruhezeit nicht in seinem Fahrzeug verbringen darf, wird beispielsweise eine Ausnahmeregelung vorgeschlagen. Demnach **könnte die wöchentliche Ruhezeit in der Kabine verbracht werden, wenn das Fahrzeug in einem dafür ausgewiesenen, zertifizierten Parkplatz steht**. Dadurch soll sichergestellt werden, dass diese Parkplätze bestimmten Kriterien entsprechen und dadurch eine gewisse **Infrastruktur, wie Sanitäranlagen oder Restaurants** aufweisen. Ein gänzlich Verbot des Verbringens der Wochenruhe in einem Fahrzeug ist auch aus Sicht der WKÖ abzulehnen. Der vorgelegte Berichtsentwurf wird in jedem Fall noch genau analysiert und auch im Ausschuss noch diskutiert werden.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Europäischen Parlament

Arbeitsdokument und Austausch zu europaweitem privaten Pensionsprodukt (PEPP) im Europäischen Parlament – noch viele offene Fragen zu klären

Am 11. Jänner fand im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments ein Meinungsaustausch über den Kommissionsvorschlag für eine **Verordnung** zu einem **europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukt** (pan-European personal pension product, PEPP) statt. Am 8. Jänner hatte die Berichterstatterin Sophia In't Veld (ALDE) dazu auch ein **Arbeitsdokument** veröffentlicht, welches die wichtigsten Aspekte sowie die größten Problemfelder des PEPP umreißt. Diese waren auch Schwerpunkt der Diskussion. Die Berichterstatterin betonte, dass es wichtig sei, eine **Balance zwischen der Sicherung des Einkommens für die ältere Bevölkerung einerseits und der Tragfähigkeit der Finanzierung andererseits** zu schaffen. Das PEPP könne einen wertvollen Beitrag zur Kapitalmarktunion leisten und somit wichtige Investitionen für die europäische Wirtschaft fördern.

Als Knackpunkte, die noch näher untersucht werden müssen, wurde vor allem die **steuerliche Behandlung dieser Altersvorsorgeprodukte** hervorgehoben. Da die steuerliche Kompetenz bei den Mitgliedstaaten liegt, müssten diese Steueranreize schaffen. Ebenso müssen die Anlageoptionen, die Verbrauchern zur Verfügung stehen, sowie die Arten der Anbieter noch näher untersucht werden. Ein großes Thema sei auch die Portabilität der europaweiten privaten Altersvorsorgeprodukte. Hier sehe der Kommissionsvorschlag derzeit eine Regelung vor, die in der Praxis nur schwer umsetzbar sei und vor allem zum Nachteil von kleinen Anbietern wäre, die mit enormen Kosten zu kämpfen hätten.

Die EVP wünscht sich, dass das PEPP ein Massenprodukt wird. Daher müsse das Europäische Parlament aber noch eine Reihe von Kriterien vorsehen, die dafür die Voraussetzungen schaffen. Das PEPP solle steuerlich wie jedes andere Produkt betrachtet und hier nicht benachteiligt werden. Bei den Anlageoptionen und den Arten von Anbietern sei der Kommissionsvorschlag derzeit noch zu starr und präskriptiv. Für die S&D müsste das PEPP im Bereich Nachhaltigkeit noch ehrgeiziger gestaltet werden, um Verbraucher besser zu schützen. Angesprochen

wurde auch, dass die Rollen der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und jene der nationalen Aufsichtsbehörden noch näher definiert werden müssen, um Kompetenzkonflikte zu vermeiden. Die Kommissionsvertreterin stimmte zu, dass die Vorschläge zur Übertragbarkeit für kleinere Anbieter schwierig sein könnten. Zur steuerlichen Behandlung habe die Kommission den Mitgliedstaaten eine **Empfehlung** vorgelegt, PEPP mit ähnlichen nationalen Produkten gleichzustellen. Dies werde auch im Rat diskutiert, man müsse jedoch den Verlauf der Diskussionen abwarten, um die Gespräche weiter zu vertiefen. Die Berichterstatterin hielt abschließend fest, dass sie noch keine abschließenden Lösungen habe und derzeit Ideen sammle. Der Berichtsentwurf soll jedenfalls Ende Februar erscheinen. Die Abstimmung im Ausschuss ist für Anfang Juni geplant.

Die WKÖ begrüßt den Verordnungsvorschlag grundsätzlich, da diese Initiative das Projekt der Vollendung der Kapitalmarktunion ergänzt und gleichzeitig das **Vorsorgerahmenwerk für künftige Generationen verbessert**. Der Vorschlag wirft aber auch eine Reihe von Fragen auf, da nach diesem derzeit ungewiss ist, ob tatsächlich ein einheitlicher Kundenschutz in Hinblick auf unterschiedliche rechtliche Grundlagen in den einzelnen Mitgliedstaaten gewährleistet werden kann. Darüber hinaus ist unklar, ob die heterogenen Produkte, die aufgrund von kaum zwingenden Vorgaben entstehen werden, etwa aus steuerlicher Sicht, überhaupt sinnvoll beaufsichtigt werden können.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

Inhaltsverzeichnis

Neues aus anderen Bereichen

Neues WKÖ-Papier „Vereinfachen und Entlasten“ – 150 Punkte der WKÖ zum Bürokratieabbau für KMU

Die Wirtschaftskammer Österreich beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit dem Thema Bürokratieabbau auf europäischer Ebene. Umfragen zeigen, dass die österreichischen Betriebe am meisten unter schwierigen, oft hinderlichen und einschränkenden Rahmenbedingungen leiden. Für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung spielt gerade das geltende Regelungsumfeld eine entscheidende Rolle.

Seit einem Jahrzehnt werden Vereinfachungsvorschläge, die direkt aus der Praxis unserer Mitglieder erhoben werden und zu einer Belastung der Betriebe führen, gesammelt und veröffentlicht. Hierbei handelt es sich um ganz konkrete Maßnahmen, die einen guten Einblick geben, wo „der Schuh“ die Wirtschaft, vor allem KMU, wirklich drückt.

Wir begrüßen ausdrücklich die Tatsache, dass die Kommission einen verpflichtenden KMU-Test in der Folgenabschätzung festgeschrieben hat. Allerdings ist bei der Anwendung des KMU-Tests noch deutlicher Verbesserungsbedarf zu konstatieren. Die kürzlich veröffentlichte Studie von EUROCHAMBRES „SME-Test Benchmark 2017“ zeigt die Schwachstellen deutlich auf.



VEREINFACHEN UND ENTLASTEN
150 Punkte der WKÖ
zum Bürokratieabbau für KMU

Mit der Einsetzung des ersten Vizepräsidenten Timmermans und seinem Paket zum Bürokratieabbau ist Bessere Rechtsetzung nun wirklich ein Kernstück der europäischen KMU-Politik geworden. **Das REFIT-Programm der Kommission ist ein wichtiger Baustein, um bestehende Gesetze zu überprüfen und bei Schwierigkeiten zu adaptieren.** Aus Sicht der WKÖ sollten die Europäischen Institutionen das Subsidiaritätsprinzip in ihrem Handeln stärker berücksichtigen und sich auf **Maßnahmen mit einem klar belegten europäischen Mehrwert konzentrieren.**

Die WKÖ-Vorschläge wollen keineswegs die Rücknahme ganzer Richtlinien oder eine generelle Deregulierung erreichen, sondern zeigen **ganz konkrete Beispiele aus der Praxis auf, die oft mit einer geringfügigen Änderung des Rechtstextes große Schwierigkeiten lösen können.** Damit will die WKÖ einen Beitrag leisten um aufzuzeigen, wo in den einzelnen Bereichen der europäischen Gesetzgebung aus Sicht der österreichischen Wirtschaft Verbesserungspotenzial liegt.

Das neue Papier „Vereinfachen und Entlasten“ – 150 Punkte der WKÖ zum Bürokratieabbau für KMU enthält unsere Vorschläge sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene. Die 150 in diesem Papier vorgelegten Entlastungsvorschläge (die Reihenfolge stellt keine Priorisierung dar) betreffen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen und **vermeiden Bürokratie, die unternehmerische Freiheit einschnürt – um Rahmenbedingungen zu schaffen mit denen sich unternehmerische Freiheit wieder entfalten kann.**

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Inhaltsverzeichnis



Vienna Insurance Group AG sucht Mitarbeiter Europäische Angelegenheiten

Die Vienna Insurance Group AG (VIG) sucht ab sofort für den Standort Wien:

Mitarbeiter/Mitarbeiterin Europäische Angelegenheiten - Karenzvertretung
mit Berufserfahrung in der Versicherungswirtschaft. Abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften oder Wirtschaftsrecht, Spezialisierung im Europarecht von Vorteil.

Weitere Informationen sind online abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Die voraussichtlichen Themen der nächsten Kommissionssitzung standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

22.-23. Januar Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Erhebung von Gebühren für die Nutzung bestimmter Infrastrukturen durch Lastkraftwagen

- Prüfung des Berichtsentwurfs

Erhebung von Gebühren für die Nutzung bestimmter Infrastrukturen durch Lastkraftwagen in Bezug auf bestimmte Vorschriften zur Besteuerung von Kraftfahrzeugen

- Prüfung des Berichtsentwurfs

Interoperabilität elektronischer Mautsysteme und Erleichterung des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs über die Nichtzahlung von Straßenbenutzungsgebühren in der Union (Neufassung)

- Prüfung des Berichtsentwurfs

Grenzüberschreitende Paketzustelldienste

- Abstimmung über das vorläufige Abkommen aufgrund interinstitutioneller Verhandlungen

Entlastung 2016: Gemeinsames Unternehmen - Shift2Rail Joint Undertaking (S2R JU)

Entlastung 2016: Gemeinsames Unternehmen - Sicherheit der Luftfahrt (SESAR)

Hodometermanipulation in Kraftfahrzeugen (Manipulation der Wegmessung): Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens

- Prüfung des Berichtsentwurfs

Änderung der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 hinsichtlich der Mindestanforderungen an die maximalen täglichen und wöchentlichen Lenkzeiten, Mindestpausen und täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten und der Verordnung (EU) 165/2014 in Bezug auf die Positionierung mittels Fahrtenschreibern

- Prüfung des Berichtsentwurfs

Durchsetzungserfordernisse und spezifische Vorschriften für die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehr

- Prüfung des Berichtsentwurfs

Inhaltsverzeichnis

Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 und der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 im Hinblick auf ihre Anpassung an die Entwicklungen in diesem Sektor

- Prüfung des Berichtsentwurf

Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen zur Beförderung von Gütern auf der Straße

- Prüfung des Berichtsentwurfs

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

15. Januar

Gemeinsame Aussprache - Saubere Energie

- Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen
- Energieeffizienz
- Governance-System der Energieunion

Umsetzung der makroregionalen Strategien der EU

16. Januar

Abstimmung

- Texte, zu denen die Aussprache abgeschlossen ist

Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung, der technischen Unterstützung und der Durchfuhr betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck

Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung in EU-Handelsabkommen

17. Januar

Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des bulgarischen Ratsvorsitzes

Abstimmung

- gefolgt von Erklärungen zur Abstimmung

Vertrag von Marrakesch zur Erleichterung des Zugangs blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen zu veröffentlichten Werken

18. Januar

Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in den Mitgliedstaaten

Umsetzung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Notwendigkeit einer Reform der freiberuflichen Dienstleistungen

Ausgewählte Fälle kommender Woche:

16. Januar **Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 747/15 EDF / Kommission**

Staatliche Beihilfen

Mit Beschluss vom 22. Juli 2015 verlangte die Kommission von Frankreich, eine rechtswidrig gewährte staatliche Beihilfe in Höhe von 1,37 Milliarden Euro von EDF (Électricité de France) zurückzufordern. Als 1997 bestimmte Rückstellungen der EDF als Kapitalzuführung eingestuft worden seien, habe Frankreich nicht die gesamte Körperschaftsteuer erhoben, die das Unternehmen hätte entrichten müssen. Diese Steuerbefreiung habe EDF einen unrechtmäßigen Vorteil gegenüber den anderen Marktteilnehmern verschafft und den Wettbewerb verfälscht (siehe Pressemitteilung der Kommission [IP/15/5424](#)). Die Kommission gelangte in ihrem in der vorliegenden Rechtssache angefochtenen Beschluss von 2015 zu dem Ergebnis, dass Frankreich den Steuereinbußen nicht aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen zugestimmt habe, die ein marktwirtschaftlich handelnder Kapitalgeber unter vergleichbaren Umständen ebenfalls in Bezug auf EDF angestellt hätte. Das Gericht verkündet heute sein Urteil über die Klage, die EDF gegen diesen Beschluss von 2015 erhoben hat.

[Weitere Informationen](#)

18. Januar **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 45/17 Jahin**

Erstattung von Beiträgen zur französischen Sozialversicherung

Im Urteil de Ruyter vom 26. Februar 2015 hat der Gerichtshof klargestellt, dass Frankreich keine Sozialbeiträge auf die Einkünfte aus Vermögen von Personen erheben darf, die in Frankreich wohnen, aber in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten und deswegen dem dortigen System der sozialen Sicherheit angeschlossen sind (siehe Pressemitteilung [Nr. 22/15](#)). Die französische Finanzverwaltung hat daraufhin in zwei Pressemitteilungen die Modalitäten vorgestellt, nach denen die rechtswidrig erhobenen Abgaben zu erstatten sind. Insbesondere ist ein Erstattungsanspruch nur für Personen vorgesehen, die dem System der sozialen Sicherheit in einem anderen EU- oder EWR-Mitgliedstaat oder in der Schweiz angeschlossen sind. Wer hingegen dem System der sozialen Sicherheit in einem Drittstaat angeschlossen ist, soll keinen Anspruch auf Erstattung haben. Herr Jahin hält diesen Ausschluss für unzulässig und hat daher beim französischen Staatsrat beantragt, die in den fraglichen Pressemitteilungen enthaltenen Entscheidungen für nichtig zu erklären. Der Staatsrat möchte in diesem Zusammenhang vom Gerichtshof wissen, ob der streitige Ausschluss mit den unionsrechtlichen Bestimmungen über den freien Kapitalverkehr vereinbar ist, der grundsätzlich auch im Verhältnis zu Drittstaaten gelte. Ohne Schlussanträge. Zu diesem Urteil wird es eine **Pressemitteilung** geben.

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

Bank- und Finanzwesen

Öffentliche Konsultation zum Aufbau eines angemessenen regulatorischen Umfelds zur Unterstützung der KMU-Notierung
18.12.2017 - 26.02.2018

Öffentliche Konsultation zur Eignungsprüfung der Aufsichts-Berichterstattung
01.12.2017 - 28.02.2018

Pflichten von institutionellen Anlegern und Vermögensverwaltern im Hinblick auf Tragfähigkeit
13.11.2017 - 22.01.2018

Beschäftigung und Soziales

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich der Kohäsion
10.01.2018 - 08.03.2018

Öffentliche Konsultation über mögliche EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen beim Zugang zum Sozialschutz
20.11.2017 - 15.01.2018

Binnenmarkt, Unternehmertum und KMU, Industrie

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Investitionen, Forschung und Innovation, KMU und Binnenmarkt
10.01.2018 - 08.03.2018

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Medien, Verbraucherschutz

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Werte und Mobilität
10.01.2018 - 08.03.2018

Europäische Nachbarschaftspolitik / EU-Erweiterung

Öffentliche Konsultation zur Thematischen Evaluierung der Unterstützung für die Reform der öffentlichen Verwaltung im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe und des Europäischen Nachbarschaftsinstruments
06.11.2017 - 12.02.2018

Grenzen und Sicherheit

EU-Fonds im Bereich der Sicherheit
10.01.2018 - 08.03.2018

Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Verordnung über Ausgangsmaterialien für Explosivstoffe
06.12.2017 - 14.02.2018

Inhaltsverzeichnis

Justiz und Konsumenten

Öffentliche Konsultation zur Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen in der EU (Überarbeitung der Verordnung (EG) 1393/2007 über die Zustellung von Schriftstücken und der Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 über die Beweisaufnahme)

08.12.2017 - 02.03.2018

Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt, Unternehmen und Industrie

Bewertung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

07.12.2017 - 01.03.2018

Entscheidungen über die Methoden zur Festlegung eines Verzeichnisses der Sektoren und Teilsektoren, von denen angenommen wird, dass sie einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO2-Emissionen ausgesetzt sind, für den Zeitraum 2021-2030

20.11.2017 - 12.02.2018

Heavy-Duty Vehicles (HDV) CO2-Emissionsnormen

20.11.2017 - 29.01.2018

Lebensmittelsicherheit

Öffentliche Konsultation zur Initiative zur Begrenzung des Verzehrs von industriellen Transfettsäuren in der EU (DE)

17.11.2017 - 09.02.2018

Öffentliche Konsultation zur REFIT-Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften über Pflanzenschutzmittel und Pestizidrückstände

13.11.2017 - 12.02.2018

Migration und Asyl

EU-Fonds im Bereich Migration

10.01.2019 - 08.03.2018

Mobilität und Transport

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Eisenbahnsicherheit für Passagiere

08.12.2017 - 16.02.2018

Öffentliche Gesundheit

Öffentliche Konsultation zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von durch Impfung vermeidbaren Krankheiten

21.12.2017 - 15.03.2018

Inhaltsverzeichnis

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, Bodenqualität, Abfallvermeidung und Wiederverwertung

Öffentliche Konsultation zur Reduzierung von Meeresmüll: Maßnahmen für Einwegkunststoffe und Fanggeräte

15.12.2017 - 12.02.2018

Öffentliche Konsultation über Arzneimittel in der Umwelt

22.11.2017 - 21.02.2018

Verkehr

Öffentliche Konsultation über elektronische Dokumente für den Güterverkehr

25.10.2017 - 18.01.2018

Öffentliche Konsultation zu Meldeformalitäten für Schiffe (Single-Window-Umfeld für den Europäischen Seeverkehr)

25.10.2017 - 18.01.2018

Verkehrsinfrastruktur, Energie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Umwelt, Klimaschutz

Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich der strategischen Infrastrukturen

10.01.2019 - 08.03.2018

Inhaltsverzeichnis